Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes

Erklärung über Frieden und Gerechtigkeit

1. Vierzig Jahre sind seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, des Konflikts mit dem größten Ausmaß an Zerstörung in der Geschichte der Menschheit, vergangen. Im Gefolge dieses Krieges, der vielen Völkern auf der Welt unendliches Leid gebracht hat, wurden die Vereinten Nationen geschaffen, um künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren.
2. Seither hat jedoch die Verschärfung ideologischer Auseinandersetzungen, die mit einer weiten Verbreitung von Massenvernichtungswaffen einhergeht, zu einer noch nie dagewesenen Gefährdung der menschlichen Zivilisation geführt. Darüber hinaus haben die ungeheuren finanziellen Ausgaben für die Rüstung ganz unmittelbar eine massive Ausbeutung großer Teile der Weltbevölkerung zur Folge, bis hin zum Fehlen der elementarsten lebensnotwendigen Güter.
3. Angesichts dieser harten Wirklichkeit ruft das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes seine Mitgliedskirchen auf, vor Gott ihre Mitschuld an dieser Entwicklung zu bereuen und sich erneut aktiv für Gerechtigkeit und Frieden einzusetzen.
4. Das Exekutivkomitee fordert deshalb seine Mitgliedskirchen auf
 - 4.1 gegen die weitere Militarisierung des Weltraums eindeutig Stellung zu beziehen, indem sie mit Nachdruck auf ihre Regierungen dahingehend einwirken, daß diese auf jegliche Form der Teilnahme an solchen Programmen verzichten,
 - 4.2 aktiv der Verbreitung von Kernwaffen einschließlich deren Weiterentwicklung, Herstellung und Aufstellung entgegenzutreten,
 - 4.3 ihre Regierungen aufzufordern, ihre Hilfe zur Bekämpfung des Hungers zu verstärken und zu beschleunigen sowie ihre Haushaltsprioritäten und ihre Landwirtschaftspolitik zu ändern, um ihre Verpflichtung für das Wohl der Menschen zu erfüllen,
 - 4.4 ihre Regierungen aufzufordern, die von den Vereinten Nationen geleistete Arbeit zu unterstützen, um die negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Wettrüstens aufzuzeigen und darauf zu drängen, daß durch Abrüstungsmaßnahmen eine Umverteilung oder gar Umstellung der Ressourcen von militärischen auf zivile Zwecke ermöglicht wird,
 - 4.5 alle Gemeinden zu ermutigen, die Verhandlungen zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion über Rüstungskontrolle ebenso wie das geplante Treffen der beiden Regierungschefs dieser Länder durch Gebete zu unterstützen.
5. Darüber hinaus verpflichtet sich der Lutherische Weltbund gemäß den Resolutionen der Siebenten Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Budapest, in Zusammenarbeit mit anderen Kirchen und kirchlichen Organisationen sein ökumenisches Eintreten für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte zu verstärken; zu diesem Zweck

- 5.1 unterstützt er die Einberufung eines ökumenischen und weltweiten „Konzils des Friedens“, das sich auch mit den dringenden Problemen der Gerechtigkeit und der Sorge um die gefährdete Schöpfung befaßt,
- 5.2 beauftragt er seinen Generalsekretär, die Einberufung einer Zusammenkunft der betroffenen Mitgliedskirchen zu erwägen, um die seit 1975 erzielten Fortschritte in allen Bereichen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Helsinki) zu überprüfen.
6. Der Lutherische Weltbund beauftragt seinen Generalsekretär ferner, Möglichkeiten zu erarbeiten, durch die der Lutherische Weltbund seinen Mitgliedskirchen in Fragen der Abrüstung, des Friedens, der Gerechtigkeit und der Menschenrechte verstärkt helfen kann.

Alle Überlegungen und Pläne, mit denen wir Gefahr abwenden und Frieden und Gerechtigkeit fördern wollen, leben von der Gewißheit: Gottes Gedanken sind höher als unsere Gedanken und seine Wege sind höher als unsere Wege (Jes 56,8).

Als Christen schließen wir uns zusammen mit der Bitte zu Gott:

„Verleih uns Frieden gnädiglich,
Herr Gott, zu unsern Zeiten.
Es ist doch ja kein andrer nicht,
der für uns könnte streiten,
denn du unser Gott alleine.“

Auf unterschiedlichen Wegen

Von der Kluft zwischen dem Hauptvorstand und den örtlichen Kreisen
der Evangelischen Allianz

Eine Umfrage unter Pastoren, die in örtlichen Allianzgemeinschaften nach der langen Tradition unserer Kirche mitarbeiten, hat ergeben, daß es eine zunehmende Kluft zwischen den Orts-Allianzen und dem Hauptvorstand der Deutschen Evangelischen Allianz gibt. Eine beachtliche Zahl von örtlichen Allianzkreisen hat lediglich durch die Programme für die Gebetswoche, durch die Bitte um finanzielle Hilfe und durch den in großen Mengen gestreuten Rundbrief „Allianz-Forum“ mit dem Hauptvorstand Kontakt. Dagegen handelt der Hauptvorstand der Evangelischen Allianz selber überwiegend ohne einen ständigen Bezug zu den eigentlich notwendigerweise tragenden Gruppen vor Ort. Dieses geschieht zunehmend mit parteipolitischem und kirchenpolitischem Schwergewicht, jedoch ohne jede Übereinkunft, was die Kluft zwischen dem Hauptvorstand und den örtlichen Allianzkreisen signalisiert. Der Vorsitzende des Hauptvorstands der Deutschen Evangelischen Allianz, Diakonie-Direktor Dr. Fritz Laubach (Hamburg), hat im Kreise einiger Vorstandsmitglieder der Deutschen Evangelischen Allianz zum Beispiel einigen Vertretern der Bundesregierung gegenüber kürzlich erklärt: „Die Deutsche Evangelische Allianz meldet sich zu Wort, wenn christliche Grundwerte und Grundlagen des Staates nach und nach abgebaut werden“, wobei nicht nur zu fra-